

Schulterschluss mit Leidensgenossen

Stadtrat stimmt der Stellungnahme der Fluglärmkommission zu einem neuen Gesetz zu

Von Johannes Geigenberger

Freilassing. Damit das neue Fluglärmenschutzgesetz eine möglichst große Entlastung für Anwohner bringt, hat der Freilassinger Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung einstimmig eine Forderung der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen“ (ADF) unterstützt. Wie berichtet, hatte die Arbeitsgemeinschaft jüngst auch zu einer Demo in Berlin aufgerufen, an der auch Spitzen der Stadt teilnahmen.

„Die Demo sollte auf die fehlenden gesetzlichen Grundlagen im Bereich des Fluglärmeschutzes aufmerksam machen“, erklärte Pressereferent Ulrich Zeeb dem Stadtrat. Denn derzeit arbeitet der Bundestag an einem neuen Fluglärm-Gesetz. Was dabei berücksichtigt werden sollte, dazu hat die „ADF“ genaue Vorstellungen. Diese flossen in eine Stellungnahme ein, in der aufgezählt wird, was aus Sicht der ADF getan werden müsse, um für betroffene Bürger Schutz zu gewährleisten. So ist die ADF der Meinung, dass der Dauerschallpegel die eigentliche Lärmbelastung an kleineren Flughäfen nicht wiedergibt. „Als Lärmkriterium an kleineren Flug-



Um die Fluglärmbelastung für Freilassing ging es unter anderem bei einem kürzlich stattgefundenen Besuch von Bürgermeister Josef Flatscher im Bundesverkehrsministerium. Links Abteilungsleiter Karl-Heinz Görrissen, rechts Dr. Julia Reuss.

– Foto: Stadt Freilassing

häfen muss die Anzahl der Lärmereignisse herangezogen werden. Auch die Kennzahlen der Maximalschallpegel sollten im neuen Gesetz integriert werden“, fordert die ADF.

Für Freilassing besonders wichtig ist die Forderung, dass bei

grenzüberschreitenden Flughäfen bei Erweiterungsplänen die Umweltverträglichkeitsprüfungen jeweils auch im anderen betroffenen Staat durchgeführt werden. Und schließlich aus Freilassinger Sicht ein besonders wichtiger Punkt in der Stellungnahme: „Bei

grenzüberschreitenden Flughäfen darf die Verteilung der An- und Abflugrichtungen nicht zu Lasten eines Lands geschehen.“ Stattdessen müsse dafür gesorgt sein, dass eine gleichmäßige Verteilung erreicht wird.

Damit die Stellungnahme eine

möglichst starke Wirkung entfalten kann, waren die Fluglärmgeplagten Kommunen nun aufgerufen, die Stellungnahme zu unterstützen. Das tat der Freilassinger Stadtrat dann auch einstimmig, wenn auch FWG-Stadträtin Bettina Oestreich sich gern noch ein genaueres Eingehen auf Punkte gewünscht hätte, die die Freilassinger Situation betreffen. „Zum Beispiel, dass wir die Radardaten der Flugbewegungen automatisch bekommen“, erklärte die Vorsitzende des Schutzverbands Rupertiwinkel.

Bürgermeister Josef Flatscher hielt das allerdings zunächst für weniger sinnvoll: „Wir sollten die von der ADF ausgearbeitete Stellungnahme möglichst genau so mittragen, damit wir da mit den anderen Kommunen gleich sind“, erklärte er. Denn nur dann werde die Verabschiedung ein möglichst starkes Signal bringen, zeigte er sich überzeugt. Dazu aber noch die besonderen Bedürfnisse Freilassings auch zu kommunizieren, damit hatte er kein Problem.

Damit hatte auch Oestreich kein Problem, die zum Ende der Sitzung noch etwas loswerden wollte: „Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Bürgermeistern und allen, die an der Fluglärmdemo am Wochenende teilgenommen haben“, erklärte sie.